



European Parliament
FORMER MEMBERS
ASSOCIATION

MÄRZ 2020 NEWSLETTER

ENTWURF DES GRÜßWORTS DES VORSITZENDEN

Wie wir alle wissen, war der Brexit in den vergangenen vier Jahren ein heißes und umstrittenes Thema. Er begann mit dem Referendum, das Ausgangspunkt für die Entscheidung des Vereinigten Königreichs war, aus der EU auszutreten. Nun müssen wir anerkennen, dass der 31. Januar 2020 – das Datum des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU – ein Moment der Spaltung in der langen Geschichte der Europäischen Union war. Seit der feierlichen Unterzeichnung des Römischen Vertrags 1957 gab es keinen solchen Austritt, aber das Vereinigte Königreich und seine Bürgerinnen und Bürger bleiben in allen politischen Fragen ein wesentlicher Partner.

Mit nunmehr 27 Mitgliedstaaten ist die EU mit all ihren Stärken und Schwächen, Errungenschaften und Unzulänglichkeiten auch künftig ein einzigartiges Instrument, das der Schaffung von wirtschaftlichem Fortschritt, politischer Zusammenarbeit, Frieden und Sicherheit auf vielen Ebenen dient.

Im Februar dieses Jahres wohnte ich den Feierlichkeiten zum Gedenken an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz bei. Die Befreiung durch die Alliierten war von großer Bedeutung für die Förderung der Menschenrechte und den steigenden Stellenwert der Rechtsstaatlichkeit. Heute sind diese Werte die wichtigsten Werte des EU-Vertrags von Lissabon, und in dieser Ausgabe geht es um den Wert der Demokratie in der EU. Im Gedenken daran, dass Frieden nie selbstverständlich ist, ist es der Wert der Demokratie, der wesentlich ist und als solcher gefördert werden muss. Die Verfasser beleuchten dieses System der Regierungsführung, das sich im Laufe der Jahrhunderte als das gerechteste und nachhaltigste erwiesen hat, aus verschiedenen Blickwinkeln. Die Demokratie wurde ursprünglich im alten Griechenland begründet und hat sich zu den heutigen präsidentialen und parlamentarischen Formen weiterentwickelt. Sie war einer der Ecksteine der EU.

Für diese Ausgabe hat unser Vorstandsmitglied Brigitte Langenhagen einen Artikel über das Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension in Warschau verfasst, das von der OSZE und dem BDIMR organisiert wurde. Er passt hervorragend zum Thema dieses Monats.

Außerdem geht es in dieser Ausgabe um die Zusammenarbeit des VEM mit dem Europäischen Hochschulinstitut in Florenz. Mitglieder aus Italien und anderen Mitgliedstaaten konnten dabei das Historische Archiv der EU besuchen und Vorträge für Studierende und Forscher von Schulen aus der Umgebung halten. Im Rahmen des übergeordneten Programms „EP to Campus“ fanden Reisen in die Ukraine, nach Deutschland und nach Frankreich statt. Die teilnehmenden ehemaligen Mitglieder des Parlaments schrieben Artikel für die Ausgabe dieses Monats.

Am 29.–31. März besucht eine Delegation des VEM anlässlich der kroatischen Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union das kroatische Parlament. Die letzten Besuche im finnischen und rumänischen Parlament waren erfolgreiche, angenehme Erfahrungen für alle Teilnehmenden.

Schließlich sehe ich auch dem Treffen der Mitglieder des VEM bei der Jahresversammlung am 5./6. Mai freudig entgegen. Mit mehr als 800 Mitgliedern – darunter auch britische ehemalige Mitglieder des EP, die kürzlich gewählt wurden und nach dem Ausscheiden aus dem Parlament beigetreten sind – ist der VEM auch weiterhin eine multinationale, einende Einrichtung, die für demokratische Werte und die Förderung des europäischen Gedankens steht.

Hans-Gert PÖTTERING

Präsident des VEM

BRIEFE AN DEN PRÄSIDENTEN

Der Verein ehemaliger Mitglieder des Europäischen Parlaments unternahm eine Studienreise nach Georgien, an der ich leider nicht teilnehmen konnte.

Ich liebe dieses Land mit seiner Geschichte voller Mut und seiner herrlichen Zivilisation, die immer nach Europa ausgerichtet war.

Unsere Kollegen hatten leider keine Gelegenheit, die Staatspräsidentin zu treffen, die sich aufgrund internationaler Verpflichtungen gerade nicht in Tiflis aufhielt.

Ich werde daher versuchen, ein kurzes Porträt von ihr zu zeichnen, da ich sie schon seit langem kenne.

Dabei möchte ich zunächst auf das Buch hinweisen, das sie 2008 schrieb und mir in der Hoffnung widmete, dass wir unseren freundschaftlichen Dialog über Europa fortsetzen würden. In ihrem Buch „Die Narbe der Nationen“, das sich mit der „georgischen Nation auf der Suche nach ihren Grenzen und ihrer europäischen Identität“ beschäftigt, sah sie bestimmte Entwicklungen voraus. Die Verfasserin ermutigte Europa darin, eine durchsetzungsfähige strategische Einheit zu bilden, die einen großen Einfluss auf internationaler Bühne entfaltet.

Salome Surabischwili versprüht eine natürliche Eleganz, strahlt Autorität aus, ist sehr gebildet und hat eine außergewöhnliche politische und intellektuelle Vision aus.

Ihr atypischer Werdegang als hochrangige französische Diplomatin, Botschafterin in ihrem Geburtsland Georgien, georgische Außenministerin (bis sie von einem planlosen Präsidenten aus politischen Gründen abserviert wurde) führte sie nach einer Rückkehr ins französische Außenministerium schließlich im November 2018 in die oberste Verantwortung als Staatsoberhaupt.

Ich traf Salome Surabischwili am 8. September 2019 bei der Eröffnung des Internationalen Festivals für klassische Musik von Tsinandali wieder, das in Zusammenarbeit mit dem Festival von Verbier vom Gründer und Vorstandsvorsitzenden der „Silk Road Group“, meinem Freund George Ramischwili, ins Leben gerufen wurde.

Es kam zu einem anregenden und offenen Meinungs austausch. Erneut traf ich auf Frau mit großem Interesse für die Kultur, was eine ihrer großen Stärken und eine Triebfeder ihres Engagements ist. Ihre Anwesenheit in Tsinandali war der Beweis dafür. Für sie ist die Kultur die Grundessenz, durch die eine Nation geformt, die Freiheit gefestigt und der Frieden gefördert werden.

Als erste Frau im höchsten Amt der Republik Georgien handelt sie im Bewusstsein für die Geschichte ihres Heimatlands, in dem Frauen schon immer eine wichtige Rolle gespielt haben. Zum Beispiel gilt die Herrschaft von Königin Tamar als das „goldene Zeitalter Georgiens“.

Schließlich sprachen wir natürlich auch über Europa.

Die Präsidentin dieses wunderbaren Landes, das im Herzen des Kaukasus liegt und an Russland grenzt, handelt mit Entschlossenheit und Durchblick. Sie fühlt sich Europa sehr verbunden. Salome Surabischwili will Georgien zu einem friedlichen Bindeglied zwischen Europa und Russland machen und dadurch eine friedliche Lösung der territorialen Konflikte erreichen.

Diese Botschaft der Kultur, des Friedens und der Konfliktlösung am Verhandlungstisch hat sie wiederholt in der Europäischen Union und auch vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen verbreitet.

Jean-Paul BENOIT

DER SCHUTZ VON DEMOKRATIE UND RECHTSSTAATLICHKEIT DURCH DEN GERICHTSHOF

Seit seiner bekannten Entscheidung in Rechtssache 138/79 Roquette Frères/Rat weist der Gerichtshof immer wieder darauf hin, dass die Beteiligung des Parlaments am Gesetzgebungsverfahren auf Unionsebene Ausdruck eines grundlegenden demokratischen Prinzips ist, nach dem die Völker durch eine Versammlung ihrer Vertreter an der Ausübung hoheitlicher Gewalt beteiligt sind (C-263/14, S. 70).

Außerdem ist Transparenz von besonderer Bedeutung, wenn der Rat als Gesetzgeber tätig wird, da Transparenz eine bessere Beteiligung der Bürger am Entscheidungsprozess ermöglicht und eine größere Legitimität, Effizienz und Verantwortung der Verwaltung gegenüber dem Bürger in einem demokratischen System gewährleistet (C-350/12 P, S. 106).

In seinem jüngsten Gutachten zu CETA hob der Gerichtshof hervor, dass die CETA-Schiedsgerichte möglicherweise nicht über die Befugnis verfügen, das Niveau des Schutzes des öffentlichen Interesses in Frage zu stellen, das vom Unionsgesetzgeber gemäß dem nach dem im EU- und AEU-Vertrag festgelegten demokratischen Verfahren bestimmt wurde. Daher verfügen diese Schiedsgerichte nicht über die Zuständigkeit, die innerhalb der Union in demokratischer Weise gefassten Entscheidungen in Frage zu stellen, die sich etwa auf das Niveau der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, des Schutzes der öffentlichen Sicherheit, des Schutzes der öffentlichen Moral, des Schutzes des Lebens und der Gesundheit von Menschen und Tieren, des Schutzes der Lebensmittelsicherheit, des Schutzes der Pflanzen, des Umweltschutzes, des Arbeitsschutzes, des Schutzes der Produktsicherheit, des Verbraucherschutzes und des Schutzes der Grundrechte beziehen (Gutachten 1/17, S. 151, 156 und 160).

Der Gerichtshof hat immer wieder darauf hingewiesen, dass die Europäische Union auf dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit basiert (d.h. eine „Gemeinschaft des Rechts“ ist) und in der Union damit den Einzelnen das Recht zusteht, die Rechtmäßigkeit nationaler Entscheidungen

oder jeder anderen nationalen Handlung, mit der eine Handlung der Union auf sie angewandt wird, gerichtlich anzufechten (C-619/18, S. 46). Bereits das Vorhandensein einer wirksamen, zur Gewährleistung der Einhaltung des Unionsrechts dienenden gerichtlichen Kontrolle gehört zum Wesen eines Rechtsstaats. Das gegenseitige Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten und insbesondere ihren Gerichten beruht auf der Grundannahme, dass allen Mitgliedstaaten bestimmte Werte gemein sind, auf die sich, wie es in Artikel 2 EUV heißt, die Union gründet (C-64/16, S. 30 und 36).

Artikel 19 des Vertrags über die Europäische Union, der konkreter Ausdruck des in Artikel 2 verankerten Rechtsstaatsprinzips ist, überträgt den nationalen Gerichten und dem Gerichtshof die Aufgabe, die umfassende Anwendung des Unionsrechts in allen Mitgliedstaaten und den gerichtlichen Schutz, der den Einzelnen aus diesem Recht erwächst, zu gewährleisten. Das Erfordernis der Unabhängigkeit der Gerichte, das dem Auftrag des Richters inhärent ist, gehört zum Wesensgehalt des Rechts auf wirksamen gerichtlichen Schutz und des Grundrechts auf ein faires Verfahren, dem als Garant für den Schutz sämtlicher dem Einzelnen aus dem Unionsrecht erwachsender Rechte und für die Wahrung der in Artikel 2 EUV genannten Werte, die den Mitgliedstaaten gemeinsam sind, u. a. des Wertes der Rechtsstaatlichkeit, grundlegende Bedeutung zukommt. Die Umsetzung von Artikel 2 EUV und der in ihm genannten Werte durch die Gerichte hat damit stattgefunden.

Gemäß dem für einen Rechtsstaat kennzeichnenden Grundsatz der Gewaltenteilung ist die Unabhängigkeit der Gerichte gegenüber der Legislative und der Exekutive zu gewährleisten. Artikel 47 der Charta sind daher dahingehend auszulegen, dass sie dem entgegenstehen, dass Rechtsstreitigkeiten über die Anwendung des Unionsrechts in die ausschließliche Zuständigkeit einer Einrichtung fallen können, die kein unabhängiges und unparteiisches Gericht ist (C-585/18, S. 120, 124, 167 und 171).

Auch wenn der Europäische Rat einen Beschluss erlassen sollte, in dem gemäß Artikel 7 Absatz 2 EUV eine schwerwiegende und anhaltende Verletzung der Grundsätze, die Bestandteil der Rechtsstaatlichkeit sind, in einem Mitgliedstaat, der einen Europäischen Haftbefehl ausstellt, festgestellt wird, müsste die vollstreckende Justizbehörde die Vollstreckung des Europäischen Haftbefehls verweigern. Auch wenn kein derartiger Beschluss gefasst wurde, kann die Behörde, an die das Ersuchen gerichtet ist, davon absehen, dem Haftbefehl Folge zu leisten, wenn ihrer Auffassung nach berechtigte Gründe für die Annahme bestehen, dass die Person, auf die sich der Europäische Haftbefehl bezieht, nach ihrer Übergabe an den Ausstellungsmitgliedstaat einer echten Gefahr der Verletzung des Grundrechts auf ein Verfahren vor einem unabhängigen Gericht ausgesetzt ist (C-216/18, S. 72 und 73).

Alexander ARABADJIEV

DIGITALE SOVEREIGNITÄT

Heute müssen sich das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente mit der so genannten „digitalen Souveränität“ befassen, das heißt der vorherrschenden Meinung im Internet. Diese echte verfassungsrechtliche Revolution hat tatsächlich einen starken Einfluss darauf, wie die Europäer ihre „Staatsbürgerschaft“ ausleben, nämlich durch ihren unbändigen Wunsch, selbst wichtige politische Akteure zu sein.

Mit anderen Worten wirken sich ihre Teilhabe an Umfragen und ihr Handeln in den sozialen Medien, auf die Institutionen und Parlamente aus (und zwar an entscheidenden Punkten im Wahlkampf, in der öffentlichen Verwaltung und bei wichtigen politischen Weichenstellungen).

Ist das gut oder schlecht? Darüber gehen die Meinungen auseinander. Die vorherrschende Meinung im Internet kann einerseits einen positiven Einfluss auf öffentliche Entscheidungsprozesse haben, sie kann sich aber negativ auf die Beschlussfassung auswirken.

Das Wiedererstarken nationalpopulistischer Strömungen in der Europäischen Union macht es an erster Stelle notwendig, über mögliche Verzerrungen bei der politischen Entscheidungsfindung nachzudenken.

Die altbekannte Frage „Wer entscheidet über den Ausnahmezustand?“ diene dazu, eine Hierarchie und einen einigenden Faktor im verfassungsmäßigen Pluralismus zu bestimmen. Mit der Beantwortung dieser Frage wird aber definiert, was die verfassungsrechtliche Normalität ist. Und in dieser Normalität ist die Entscheidung darüber immer das letzte und autonome Ergebnis eines kollektiven Prozesses, nämlich der Zeitpunkt, zu dem am Ende der ihm vorangehenden Phase der legitime Wille der Institutionen Gestalt annimmt, mit seinen rechtlichen und politischen Konsequenzen für die Bürger.

So gesehen ist der unüberwindbare Individualismus des Netzes, seine paradoxe Natur als massenhaftes Einzelphänomen, unvereinbar mit jenem notwendigen letzten Syntheseakt, in dem sich Politik in der Gemeinschaft manifestiert.

Der Punkt in, dem die einzelnen Meinungen des „Netzvolks“ aufeinander treffen, ist in der Tat etwas tiefgreifend anderes, denn es gibt dort nicht die Elemente der Vermittlung, der Debatte und der Suche nach einem Kompromiss, die zur parlamentarischen Entscheidungsfindung gehören. Der populistische Irrglaube, das „Netz-Volk“ könnte die Entscheidungen treffen ist für die Demokratie verheerend.

Aber es gibt auch positive Aspekte der „digitalen Souveränität“, wenn wir schon diesen unpassenden Ausdruck verwenden, der jedoch zum Ausdruck bringt, welche Macht dieses neue Phänomen besitzt, denn sie kann schon zu einer Erweiterung der kognitiven Prozesse vor einer Entscheidung führen. In diesem Sinne kann der Einfluss des Internets in der Tat als eine basisdemokratische Bereicherung betrachtet werden, als ein großes Sammelbecken individueller Meinungen, mit denen die politische Willensbildung und sogar die tieferliegenden Schichten kollektiver Identitäten (wie zum Beispiel religiöse oder

fremdenfeindliche Einstellungen oder sexuelle Verhaltensweisen) beeinflusst, jedoch nicht bestimmt werden.

Darüber hinaus könnte der große Strom von Meinungen im Web zu einem entscheidenden Instrument für die stärkere Vernetzung von repräsentativen Gremien werden. Je bürgernäher das Netz gewählter Versammlungen (vom Stadtrat bis zum Europäischen Parlament) ist, desto stärker ist die geografische Dimension des virtuellen „Stadtviertels“, damit eine größere demokratische Legitimität und gegenseitige Verständigung zwischen den verschiedenen Ebenen der Vertretung erreicht wird.

Was das Internet anbelangt, so haben die Parlamente jedoch nicht nur die Aufgabe, Meinungen zur Kenntnis zu nehmen, sondern auch die zivilgesellschaftliche Pflicht, als Gegengewicht anderslautende Informationen bereitzustellen. Das heißt, es sollte Aufgabe der Parlamente sein, sozusagen als Lehrer das „methodische Wissen“ gegen ein Bauchgefühl zu verteidigen, das sich auf manipulierte Informationen gründet. Dies sollte dazu führen, dass sich die Überlegenheit eines „kognitiven“ Prozesses gegenüber einer durch Desinformation gespeisten Demagogie durchsetzt, die auf Unwahrheiten beruht, die gebetsmühlenartig wiederholt werden, bis sie als Pseudo-Wahrheiten angenommen werden.

Kurzum können die Parlamente angesichts der Herausforderungen des Internets sowohl die von ihm ausgehenden ernststen Gefahren abwehren, als auch die sich dadurch bietenden großen Chancen nutzen und dadurch als Orientierungspunkt dienen, mit dem eine gewisse Ordnung in dieser Gesellschaft der Unordnung geschaffen wird.

Andrea MANZELLA

IST KÜNSTLICHE INTELLIGENZ DIE ZUKUNFT DER DEMOKRATIE?

Wozu Demokratie, wenn man Daten hat? („Who needs democracy when we have data?“) So lautet der Titel eines provokanten Artikels von Christina Larson in der MIT Technology Review. Demokratie und Markt sind die beiden großen Erfindungen, auf denen die westliche Welt aufgebaut ist. Bei beiden handelt es sich um Mechanismen zur Bündelung von Vorlieben und Notwendigkeiten. Beide zeigen eine Lösung auf, die zwar nicht unbedingt optimal, jedoch schnell und hinreichend effizient ist. Beide enthalten auf der Suche nach Lösungen, durch die ihre Anpassung an neue Notwendigkeiten oder Erfordernisse möglich wird, Mechanismen der gesellschaftlichen Entwicklung, während selbige Mechanismen ihre eigene Entwicklung und die der Gesellschaft, in der sie zum Einsatz kommen, vorantreiben.

Allerdings gibt es eine sehr verlockende Hypothese, die viel Anziehungskraft besitzt. Wie würde eine Gesellschaft aussehen, die die Fähigkeit besäße, diese Notwendigkeiten und

Vorlieben optimal zu erkennen und zu bündeln? Isaac Asimov spielt mit diesem Gedanken in seinen Science-Fiction-Erzählungen, in denen es um Multivac geht, einen Computer, der perfekte Voraussagen zu treffen vermag; der Film „Minority Report“ ist hierfür ein weiteres Beispiel.

Man versuchte, diesen Traum, wie so viele andere auch, wahr werden zu lassen. Zu den ersten Versuchen auf dem Gebiet der Wirtschaft gehörten die sozialistischen Modelle der Planung ausgehend von den Input-Output-Tabellen von Leontief. Der Versuch misslang, doch das Vordringen der künstlichen Intelligenz ließ die Idee wiederaufleben und verlieh ihr Plausibilität.

Heute hat KI bereits erhebliche Auswirkungen auf unsere Demokratien, insbesondere in zwei Bereichen: dem Erfassen und der Einflussnahme.

Unsere Fähigkeit, nicht nur Fakten, sondern auch die Reaktionen darauf zu erfassen, hat große Fortschritte erzielt. Diese Fortschritte gehen so weit, dass es bereits eine eigene Disziplin dafür gibt: die Stimmungserkennung (Sentiment Analysis). Unsere Fähigkeit, Daten zu erfassen, geht jedoch über das hinaus, was wir auf Twitter oder Facebook veröffentlichen; die Bilderkennung und konkret die Gesichtserkennung sind mittlerweile derart fortgeschritten, dass deren Nutzung in Ländern wie Indien oder China bei Millionen von Menschen gang und gäbe ist. Mehr noch, die meisten Länder setzen die Gesichtserkennung bei Grenzkontrollen oder zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung ein. Die Kennzeichenerfassung kommt häufig zum Einsatz, beispielsweise als Zahlungsmodalität auf vielen chinesischen Autobahnen; es gibt Fahrer, die mithilfe der Gesichtserkennung zahlen. Die Möglichkeiten der Erfassung sind bei Weitem noch nicht ausgeschöpft, und auch die Technologien, die bereits recht ausgereift sind, sind noch nicht an ihre Grenzen gestoßen. Im Gegenteil, derzeit wird die Mikrogestenerkennung erforscht, durch die unsere Gefühle transparent wären, auch dann, wenn wir sie verbergen möchten; ebenfalls erforscht werden nichtinvasive Diagnoseverfahren mithilfe von Bildern, beispielsweise auf der Grundlage der Augeniris, wodurch unser gesundheitliches Befinden selbst in öffentlichen Räumen erkennbar wäre.

Noch einprägsamer und zweifelsohne öffentlichkeitswirksamer treten unsere verstärkten Einflussmöglichkeiten zutage. Skandale wie beim Unternehmen Cambridge Analytics, der Brexit oder häufige Einmischungen durch Falschmeldungen stellen lediglich die Spitze des Eisbergs dar. Die in drei Bereichen erzielten Fortschritte haben die Maßstäbe verändert. Erstens die Personalisierung: Zuerst gab es Hunderte von Clustern, dann Tausende und Abertausende, und heutzutage gibt es Cluster auf individueller Ebene. Zweitens kommt die Fülle an Daten hinzu, durch die insbesondere bestimmte Unternehmen individuelle Präferenzen in Erfahrung bringen können. Und drittens wurden in der Geschäftswelt der sozialen Netzwerke Aufmerksamkeitsmodelle entwickelt, mithilfe derer individuelle Anreize und Beweggründe nachvollzogen, personalisiert und manipuliert werden können.

Diese Techniken wurden ausgereift; es geht nicht länger um die Beeinflussung von Kampagnen, sondern die Techniken wirken sich direkt in Form von Kontrolle oder

gesellschaftlicher Manipulation aus. Zunächst geht es um sog. Nudging-Techniken, die bei der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen umfassend und erfolgreich genutzt werden. Und darüber hinaus werden Experimente mit einem Sozialpunktesystem durchgeführt, die in China ihren Anfang nahmen und bei denen sozialverträgliche Verhaltensweisen belohnt und gefördert, während die, die es nicht sind, sanktioniert werden. Das Maß an Granularität und Einmischung, das im Rahmen der derzeitigen Systeme ohne Grenzkosten und mit uneingeschränkter Skalierbarkeit möglich ist, lassen das Schlimmste befürchten. Es geht dabei nicht nur wie bisher darum, Personen zu identifizieren, die eine Ampel bei Rot überqueren oder die Regierung in sozialen Netzwerken kritisieren, sondern es tun sich neue Möglichkeiten auf, etwa Geschwindigkeitskontrollen durch Smartphones oder die Mikrogestenerkennung.

Doch Demokratie bedeutet mehr als Verwaltung, Erfassung und Eingriffe. Demokratie ist auch ein Mechanismus zur Bündelung der Präferenzen der – mittlerweile aktiveren und anspruchsvolleren – Bürger; durch Konsens und Debatten können sich in einer Demokratie der kollektive Diskurs und die Gesellschaft selbst weiterentwickeln. Kann künstliche Intelligenz bei diesen Themen weiterhelfen? Zweifelsohne, doch es fehlen die Anreize. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Verteidigung des kollektiven Diskurses der Verteidigung der Demokratie gleichkommt.

Esteve ALMIRALL

DER WERT DER DEMOKRATIE

Nach demokratischen Grundsätzen zusammenleben – bei dieser Strategie sind alle Seiten Gewinner. Das sollte doch im Interesse der meisten Bürgerinnen und Bürger sein, möchte man meinen. Der Brexit hat jedoch gezeigt, dass demokratische Werte nicht immer eine Garantie für eine friedliche Gesellschaft sind.

Einerseits könnte ein Ausstieg aus dem europäischen demokratischen Entscheidungssystem bewirken, dass das Militär erstarkt. Militärische Grundsätze und Strategien gehen von einer Sichtweise aus, bei der alle Seiten verlieren. Wer mehr tötet oder zerstört als die anderen, gewinnt.

Echte religiöse Führungspersönlichkeiten wiederum sorgen dafür, dass Grundsätze zwischenmenschlicher Beziehungen zu Konflikten führen.

Die Begründer der neuen EU-Organe strebten nach Ausgewogenheit und Gewaltenteilung. Wenn die Europäische Union ein demokratisches Defizit hat, dann entsteht es durch die einzelstaatlichen Interessen der Mitgliedstaaten und ethnische Gruppen.

Politische Kommunikation erfolgt in der EU auf nationaler Ebene. Es gibt keinen „europäischen Mediensaal“ mit 24 Sprachen und damit keinen europäischen Mehrwert für die Bürger. Nun haben verschiedene neue EU-Initiativen die EU deutlich vorangebracht, wenn

es darum geht, hier Abhilfe zu schaffen. Die Einrichtung des Wissenschaftlichen Dienstes des Europäischen Parlaments hatte zur Folge, dass viele öffentliche Studien und Peer-review-Studien durchgeführt wurden. Die Lenkungsgruppe zur Zukunft von Wissenschaft und Technologie (STOA) ist eine hochqualifizierte politische Einrichtung, die sich mit Zukunftsfragen befasst. Das neu gegründete Europäische Wissenschaftsmedienzentrum ist auf Wissenschaftsmetrik mit neuen Analysewerkzeugen wie maschinelles Lernen und künstliche Intelligenz spezialisiert.

Storytelling, Infografiken und eingehende Analysen sind eine gute Grundlage für interessierte Bürger und qualifizierte Journalisten. Der Paradigmenwechsel infolge der Einführung – und weit verbreiteten Nutzung – sozialer Medien hat die Politiker zu neuen Akteuren des Journalismus gemacht. Sie konkurrieren mit Journalisten, die sich bei ihrer Arbeit mit nur einer politischen Strömung befassen.

Das elektronische Petitionssystem des Europäischen Parlaments, „Your Voice in Europe“ und die sogenannte Europäische Bürgerinitiative sind grundlegende Initiativen für bestehende politische Maßnahmen zur Förderung der elektronischen Teilhabe. Durch die Schwarmauslagerung politischer Ideen und durch Monitoringplattformen kann ein besseres Verständnis der künftigen Entscheidungsfindung der Menschen entwickelt werden. Um dem demokratischen Defizit entgegenzuwirken, können digitale Werkzeuge engere Beziehungen zwischen lokalen, regionalen und nationalen Politikern schaffen. So können verschiedene Meinungen umfassend verbreitet und verstanden werden.

Die Kosten einer undemokratischen EU sind hoch, insbesondere im Vergleich zu dem Mehrwert, der verlorenght. Die Militärausgaben der Mitgliedstaaten der EU belaufen sich auf etwa 300 Mrd. EUR, die Ausgaben der Organe der EU hingegen auf 10 Mrd. EUR. In die Brexit-Kampagne flossen schätzungsweise 12 Mio. EUR.

Ein neues Phänomen ist der hybride Krieg um die Demokratie. Hetze, Desinformation und gezielte Falschmeldungen sind die neuen Waffen. Deshalb müssen Fakten unbedingt geprüft werden, und zwar mit neuen Technologien und mit dem Einsatz der Bürgerinnen und Bürger. Es gilt, Kommunikationswerkzeuge der sozialen Medien einzubeziehen, die auf verschiedene Zielgruppen zugeschnitten sind.

Mithilfe einer „Silo und Rohrleitung“-Strategie könnten sich Lücken ermitteln lassen, wo dringend Informationen benötigt werden. Das Silo steht dabei für zukunftsweisendes Know-how, die Rohrleitung für Kommunikationshardware und software mit Analysewerkzeugen.

Elektronische Wahlen und Entscheidungsfindung in unverbindlicher oder verbindlicher Form könnten helfen, die richtige Tagesordnung aufzustellen und zu überwachen. Dazu müssen die Systeme für elektronische Wahlen integer sein, damit sie das Vertrauen der Öffentlichkeit gewinnen können. Außerdem ist Transparenz die Grundlage für politisches Interesse oder Zufriedenheit mit dem System der Demokratie.

Wahlbeteiligung, Sicherheitsaspekte, Datenschutz, Benutzerfreundlichkeit und Vertrauen sollten bewertet werden. Dank neuer Algorithmen in den sozialen Medien kennen ihre Ersteller alle Echokammern und Interessengruppen, die politische Entscheidungen

beeinflussen, und verfügen über eingehendes psychologisches Wissen. Cambridge Analytica war nur der Anfang. Nun muss auf politischer Ebene die Bestandsaufnahme und Transparenz der Algorithmen sowie die Verwendung des maschinellen Lernens für private Daten garantiert werden. Es bedarf einer Genehmigung der Bürger, damit die Daten von Geräten, die die Bürger nutzen, verwendet und vermarktet werden dürfen.

Die allgemeinen Bedingungen für die Nutzung von Geräten, Anwendungen und Software bedürfen eines Zulassungssystems auf EU-Ebene für die Standardisierung und Qualitätsbeurteilung.

Datenschutzbestimmungen sollten der Verwendung von Backend-Daten mit Einwilligung nicht im Weg stehen. Transparente Verarbeitungswerkzeuge sollten öffentlich zugänglich sein und die Nachvollziehbarkeit im Dialog über die Sammlung und Analyse quantitativer und qualitativer Daten steigern.

Digitale Werkzeuge sollten nachhaltig sein, und es sollte immer Raum für Verbesserung geben.

Die Herausforderung, Bürgerinnen und Bürger weltweit zu mobilisieren und in die demokratische, politische Entscheidungsfindung einzubeziehen, wird zeigen, welchen Mehrwert die Demokratie hat!

Paul RÜBIG

EL PAPEL DE EUROPA, CON LA DEFENSA DE SUS VALORES

El proceso de construcción europea ha ido a la par con una creciente preocupación por la defensa de valores básicos, en particular, por la defensa de los valores de la democracia, de un modelo social exigente -el llamado «modelo social europeo»- y por la protección de los indispensables valores medioambientales.

Así sucede, en un proceso de apertura de nuestra economía, en los ámbitos tanto interior como exterior, con el refuerzo del mercado único y una moneda común en 19 países (que amplía las oportunidades para las empresas de otras latitudes u ofrece facilidades en general a los ciudadanos de estos países cuando vienen a Europa), y una política de apertura comercial respecto al exterior con un bajo nivel de proteccionismo (a excepción, hasta cierto punto, del sector agrícola), en una era caracterizada por la mundialización, en la cual, aparte de potencias que ya fueron relevantes con anterioridad, hay economías emergentes que compiten de modo cada vez más notorio con nuestros productos.

Al tratarse en algunos casos de economías de países sin las mismas exigencias políticas, sociales y ambientales, podría surgir el temor de que la Unión Europea cesara de ser competitiva por tener que satisfacer las exigencias asociadas a estos valores, viéndose obligada a renunciar a ellas, o bien a aplicar una política proteccionista, limitando el acceso a productos procedentes de países con menores exigencias en estos ámbitos.

Las estadísticas, en cambio, muestran de forma bastante clara el éxito que en la Unión Europea, en particular en la zona del euro, representa la defensa sin igual de estos valores y, de un modo general, la apertura de su economía, al arrojar un superávit en la balanza de pagos corrientes que es con diferencia el mayor del mundo, y que en estos últimos años ha superado los 400 000 millones de dólares.

Esto obedece a que en muchos casos no se plantea una disyuntiva entre la defensa de los referidos valores, por un lado, y una mayor competitividad, por otro, sino que es menester defender los valores políticos, sociales y ambientales a costa de poner en entredicho un mayor crecimiento.

Es más, personas con mejores cualificaciones y mejores condiciones sociales, con derechos más protegidos, contribuyen de forma natural en mayor medida a la eficacia de la economía. La experiencia constatable es inequívoca al respecto.

En cuanto a los valores medioambientales, es bastante elocuente lo que ocurre con el consumo energético, fuente de contaminación particularmente importante. Aun cuando puede resultar necesario un desembolso inicial en nuevos equipamientos productivos o de transportes que consumen menos y usan fuentes energéticas más favorables, al final se obtiene un beneficio que favorece la competitividad de la economía.

Tales mejoras de equipamiento brindan a las empresas que las proporcionan oportunidades de mercado y generan así nuevos empleos. Europa tiene a este respecto un papel bastante destacado a escala mundial, al poder servir de ejemplo para que otros países sigan el mismo camino, con gran beneficio para sus economías.

Es importante, pues, que Europa siga avanzando por este camino, sin rebajar las exigencias actuales, en los ámbitos político, social y medioambiental. Es un camino que beneficia mucho a nuestros ciudadanos. Y al comprobar que al optar por él no se ve comprometida nuestra competitividad, sino al contrario, con este impulso, otros muchos países se encaminarán por la misma vía, en un siglo XXI en que todos los ciudadanos del mundo se sentirán mejor.

Manuel PORTO

DIE ROLLE EUROPAS BEI DER VERTEIDIGUNG SEINER WERTE

Der Prozess des europäischen Aufbauwerks hat mit der ständig wachsenden Sorge um die Verteidigung der Grundwerte stattgefunden, insbesondere um die Verteidigung der Werte der Demokratie und eines anspruchsvollen Sozialmodells – des „europäischen Sozialmodells“ – sowie um die Wahrung der unerlässlichen ökologischen Werte.

Dies geschieht in einem Prozess der Öffnung unserer Wirtschaft sowohl nach innen als auch nach außen: einerseits mit der Stärkung des Binnenmarkts und der Verwendung einer einheitlichen Währung in 19 Ländern (was auch die Möglichkeiten für Unternehmer aus anderen Ländern verbessert sowie die Ankunft der Bürger dieser Länder in Europa insgesamt erleichtert) und andererseits mit einer nach außen gerichteten Handelspolitik, die durch ein geringes Maß an Protektionismus gekennzeichnet ist (die Landwirtschaft ist in gewisser Weise

die Ausnahme); der Prozess vollzieht sich in einer Zeit der Globalisierung, in der neben den bisher relevanten Mächten auch die Schwellenländer zunehmend mit unseren Erzeugnissen im Wettbewerb stehen.

Da es sich in einigen Fällen um Länder mit Volkswirtschaften handelt, in denen nicht die gleichen politischen, sozialen und ökologischen Anforderungen gestellt werden, könnte man befürchten, dass die Europäische Union nicht in der Lage sein wird, dieser Konkurrenz standzuhalten, weil sie die genannten anspruchsvollen Werte achten muss, und dass sie gezwungen sein wird, diese Werte aufzugeben oder eine protektionistische Politik zu verfolgen, mit der der Zugang zu ihrem Markt für Erzeugnisse aus Ländern mit geringeren Anforderungen in diesem Zusammenhang eingeschränkt wird.

Aus den Statistiken geht jedoch sehr deutlich der Erfolg hervor, der in der Europäischen Union, insbesondere im Euro-Währungsgebiet, mit der beispiellosen Verteidigung dieser Werte und ganz allgemein mit der Öffnung ihrer Wirtschaft erzielt wurde. Die Europäische Union weist mit Abstand weltweit den größten Leistungsbilanzüberschuss auf; in den letzten Jahren betrug der Leistungsbilanzüberschuss über 400 Milliarden Dollar.

Der Grund dafür liegt darin, dass in den meisten Fällen die Verteidigung dieser Werte und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit nicht im Widerspruch zueinander stehen: Die Verteidigung der politischen, sozialen und ökologischen Werte gefährdet nicht die Steigerung des Wachstums.

Im Gegenteil: Menschen mit besseren Qualifikationen und besseren sozialen Bedingungen, deren Rechte stärker geschützt sind, tragen natürlich in größerem Maße zur Effizienz der Wirtschaft bei. Dieser Umstand geht deutlich aus der gesammelten Erfahrung hervor.

Was die ökologischen Werte betrifft, so ist das, was mit dem Energieverbrauch geschieht, der eine Hauptquelle der Umweltverschmutzung darstellt, besonders bedeutsam. Obwohl anfängliche Ausgaben für neue Anlagen im Bereich Erzeugung oder Transport, die weniger Energie verbrauchen und mit erneuerbaren Energieträgern betrieben werden, erforderlich sein können, ergeben sich daraus letztlich Vorteile, die zu einer wettbewerbsfähigeren Wirtschaft führen.

Dabei handelt es sich um Investitionen in eine bessere Ausrüstung, durch die auch den Unternehmen, die sie herstellen, Marktchancen eröffnet und damit neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Auch hier spielt Europa im globalen Maßstab eine besonders wichtige Rolle und kann anderen Ländern als Vorbild dienen, denselben Weg einzuschlagen, was für ihre Volkswirtschaften von großem Nutzen ist.

Deshalb ist es wichtig, dass Europa diesen Weg fortsetzt und seine derzeitigen politischen, sozialen und ökologischen Anforderungen nicht senkt. Es ist ein Weg, der unseren Bürgern großen Nutzen bringt. Da dies unserer Wettbewerbsfähigkeit nicht schadet, sondern vielmehr fördert, werden viele andere Länder dem Beispiel folgen – in einem 21. Jahrhundert, in dem sich alle Bürger der Welt besser fühlen werden.

Edward MCMILLAN- SCOTT

„DAS EUROPÄISCHE AUFBAUWERK IST EINE KUNST – DIE KUNST DES MÖGLICHEN.“ (Jaques Chirac)

Diese Kunst zu verstehen, haben wir Europäer, die wir von der europäischen Idee von Demokratie, Frieden, Freiheit und Souveränität der Völker überzeugt sind, uns auf unsere Fahnen geschrieben.

Es finden sich immer mehr Menschen – trotz aller Unkenrufe –, die nicht nur die Geschichte Europas und das Entstehen der Europäischen Union verstehen wollen, sondern sich um die Zukunft Europas, und damit auch um ihre eigene, ernsthafte Gedanken machen.

Ein Ausdruck für Demokratie ist, dass die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen sind zu freien, gleichen, geheimen, unmittelbaren und allgemeinen Wahlen.

Ob diese Prinzipien insbesondere bei Wahlen eingehalten werden, überprüft das Europäische Parlament in enger Anlehnung an das BDIMR, das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, mit Hauptstandort im polnischen Warschau.

Das BDIMR ist die wesentliche Institution der OSZE, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, gegründet 1990 gemäß der Charta von Paris, 1991 etabliert und 1992 erweitert auf dem Gipfeltreffen in Helsinki. Der OSZE gehören mittlerweile 57 Staaten an. Schwerpunkte sind Wahlen, Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit sowie Toleranz und Nichtdiskriminierung. Die Präsidentin ist Ingibjörg Sólrún Gísladóttir, isländische Politikerin und ehemalige Außenministerin.

Im November des vergangenen Jahres nun hat das BDIMR das nunmehr 14. jährliche Implementierungstreffen aller Organisationen zu sich nach Warschau einberufen. Grundlage war die Grundsatzerklärung für die internationale Wahlbeobachtung.

Diese Grundsatzerklärung wurde 2005 von seinerzeit 22 Organisationen (heute 54) unter Leitung des damaligen VN-Generalsekretärs Kofi Annan, des ehemaligen US-Präsidenten Jimmy Carter und der ehemaligen US-Außenministerin Madeleine Albright unterzeichnet.

In Warschau haben diesmal fast 30 internationale Organisationen teilgenommen – aus Nord- und Südamerika, Kanada, Afrika, Asien und Europa – sowie die Europäische Kommission und ich als Vorsitzende der internen Arbeitsgruppe für Demokratieförderung und Wahlbeobachtung des Vereins der ehemaligen Mitglieder (FMA).

Diese FMA-Arbeitsgruppe wirkt in enger Anlehnung an das Europäische Parlament (EP). Das EP hat bereits 2011 die Direktion Demokratieförderung innerhalb der GD Externe Politikbereiche etabliert.

Zu der Zeit wurde vom FMA zusammen mit der kanadischen Ehemaligen-Vereinigung und den Ehemaligen des US-Kongresses bereits das IEMI, das Internationale Institut der Wahlbeobachter, gegründet und später erweitert zur GDI, der Weltweiten Initiative für Demokratie.

Auf dieser Basis unterstützt der FMA seine Mitglieder bei der Teilnahme an den EU-Wahlbeobachtungsmissionen (EOM) basierend auf dem Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD).

Fähige internationale Beobachter und an der Wahlbeobachtung teilnehmende Bürger sind das Gebot der Stunde – ebenso wie ausreichend Geld und heutzutage vor allem die Nutzung der aktuellen elektronischen Möglichkeiten –, auch für Menschen mit Behinderungen, einschließlich der sozialen Medien und Maßnahmen gegen Falschmeldungen.

Die Organisationen verpflichteten sich in Warschau weiterhin der Integrität und Transparenz bei ihren internationalen Wahlbeobachtungen, wie in der Erklärung und in den Verhaltensregeln seinerzeit verabschiedet.

Paweł Rabiej, Warschauer erster stellvertretender Bürgermeister, betonte mit Leidenschaft und Ernst u. a.:

Das Warschauer Ghetto und Lech Wałęsas Gewerkschaft Solidarność sind bleibende Mahnung und Aufforderung.

„Wir kennen den Wert der Freiheit! –

Warschau ist eine offene, tolerante, vielfältige und freiheitsliebende Stadt! –

Die Demokratie und demokratische Wahlen sollten gefördert und geschützt werden, und zwar auch in den Ländern, in denen bereits eine demokratische Tradition und Praxis besteht.“

Brigitte LANGENHAGEN

HEUTE SIND WIR ALLE JÜNGER GEWORDEN

Als der Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments (VEM) zu einem Studententag einlud, war der Raum proppenvoll. In der ersten Reihe waren bekannte Gesichter von Personen mit langjährigen politischen Erfahrungen zu sehen, und hinter uns saßen viele Studenten aus aller Welt. Das Thema war die Zukunft Europas mit einem Ausblick auf die europäische Völkergemeinschaft in den kommenden Jahrzehnten. Junge Menschen sind sehr interessiert und treiben Diskussionen voran. Mit ihren flinken Fingern senden sie Botschaften über die sozialen Medien in die ganze Welt. Bei dieser Gelegenheit haben wir im Namen unseres Vereins ebenfalls die digitale Welt der sozialen Medien betreten. Für die einen ist es etwas Neues, für andere bloße Routine, aber die meisten tun es aus Begeisterung. Die jungen Studenten und wir haben den gemeinsamen Wunsch nach einem vereinten Europa, nach

einem Europa des Friedens mit einer gesunden Umwelt und menschenwürdigen Lebensbedingungen.

Das Europäische Parlament hat in der letzten Wahlperiode mehrere Rechtsvorschriften im Zusammenhang mit dem digitalen Binnenmarkt in der Europäischen Union erlassen. Dies gehört auch zu den drei Prioritäten von Ursula von der Leyen, der ersten Präsidentin der Europäischen Kommission.

In unserem Verein haben wir uns auch dem Ziel angeschlossen, eine digitale Kommunikation zu entwickeln und alle Mitglieder, auch die älteren unter ihnen, entsprechend zu motivieren, damit wir junge Menschen in allen europäischen Ländern besser erreichen können.

Der Vorstand des VEM mit Dr. Pöttering an der Spitze unterstützt die Entwicklung moderner Kommunikationsmittel, während das Sekretariat technische Unterstützung gewährt und sich um die Inhalte kümmert.

Im April 2019 wurde ich in der VEM-Hauptversammlung als ehemaliges slowenisches Mitglied des Europäischen Parlaments in den Vorstand gewählt. Zu meinen Aufgaben gehört die Entwicklung der digitalen Kommunikation. Für viele ist dies eine neue Herausforderung, aber durch das lebenslange Lernen gelangt man zu neuem Wissen und innerer Stärke, und man kann so neue Freundschaften mittels unsichtbarer Internetverbindungen knüpfen.

Die Digitalisierung berührt inzwischen uns alle auf die eine oder andere Weise. Junge Menschen erwerben diese Fähigkeiten von klein auf, und wir können von ihnen, von unseren Kindern und Enkelkindern, lernen. Eine immer stärkere aber auch ethische Nutzung digitaler Technologien ist eine großartige Chance.

Sie ermöglicht einen Brückenschlag zwischen den Generationen und verhindert, dass eine Kluft zwischen ihnen entsteht.

Junge Menschen sind der Kitt, der die europäischen Nationen zusammenhält, nicht zuletzt durch das Erasmus-Programm und die Nutzung der digitalen Welt. Wir können uns stärker mit ihnen verbünden, wenn wir uns noch mehr darum bemühen, ihre Trends in Bereichen wie der digitalen Kommunikation aufzugreifen.

Digitale Technologien können dazu genutzt werden, die Werte der Europäischen Union angemessener zu würdigen und die Menschen der verschiedenen Völker Europas miteinander zu vernetzen.

Die neue Website des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments ist ein neuer Ansatz bei der Ermöglichung des Zugangs zu öffentlichen Informationen, und sie dient auch zum internen Informationsaustausch unter den VEM-Mitgliedern. Je mehr wir diese Website aufsuchen werden (www.formermembers.europa.eu), desto leichter werden wir uns über die aktuelle europäische Politik, unsere eigenen Veranstaltungen und die individuellen Beiträge, die jeder von uns dort einstellen kann, informieren können. Twitter und Facebook können dem gleichen Zweck dienen.

Digitale Technologien machen den Alltag abwechslungsreicher und bieten ein Forum für den Zugang zu und den Austausch von Informationen und persönlichen Erfahrungen.

Hätte ich bloß In meiner Jugend die Möglichkeit gehabt, in meinem abgelegenen Dorf in den slowenischen Alpen auf Bildungsangebote im Internet zuzugreifen, mittels Telemedizin meinen kranken Eltern zu helfen, online Karten für ein Konzert der Beatles in London zu bestellen und über Skype mit meinen Freunden jenseits des Eisernen Vorhangs zu sprechen. Davon hätte ich nicht einmal zu träumen gewagt. Heute haben wir alle diese Möglichkeiten, wir müssen uns nur ein wenig mehr anstrengen, um uns dieselben digitalen Kompetenzen, wie sie junge Menschen haben, anzueignen. Es ist allemal einen Versuch wert. Auf dem Studientag wurde jedenfalls ein wichtiger Schritt in diese Richtung getan. Wir sind alle jünger geworden!

Zofija MAZEJ KUKOVIČ

DIE MÜNDLICH ÜBERLIEFERTE GESCHICHTE („ORAL HISTORY“) DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Um den 40. Jahrestag der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament zu feiern, hat der Verein der ehemaligen Mitglieder eine Reihe von Initiativen ins Leben gerufen, deren Abschluss seine Jahresveranstaltungen am 10. und 11. Dezember 2019 in Brüssel bildeten. Während des vergangenen Jahres hat der Verein zusammen mit dem Europäischen Hochschulinstitut (EHI) und dem Wissenschaftlichen Dienst des Europäischen Parlaments (EPRS) zwei hochrangig besetzte Konferenzen veranstaltet, von denen die erste am 22. und 23. November 2018 in der Badia Fiesolana in Florenz und die zweite am 3. April 2019 im Europäischen Parlament in Brüssel stattfand. An beiden nahmen prominente Redner sowie Vertreter des Vereins der ehemaligen Mitglieder teil.

Am 29. November waren die Vereinsmitglieder zu einer Konferenz zum Thema „History of the European Parliament: research projects, sources and historical memory 1979–2019“ („Die Geschichte des Europäischen Parlaments: Forschungsprojekte, Quellen und historisches Gedächtnis 1979–2019“) eingeladen. Ich hatte die Ehre, die Konferenz gemeinsam mit Emanuelle Ortoli, Präsident der Vereinigung „Friends of the Historical Archives of the EU“ („Freunde des Historischen Archivs der EU“), und Dieter Schlenker, Direktor des Historischen Archivs der EU, zu eröffnen.

Die Konferenz fand im Haus der Europäischen Geschichte in Brüssel statt. Mit dieser Veranstaltung sollte der 40. Jahrestag der ersten allgemeinen Wahl zum Europäischen Parlament begangen werden. Es wurde eine Bestandsaufnahme der schriftlichen und mündlichen historischen Quellen und Erinnerungen vorgestellt, die die Geschichte des Europäischen Parlaments betreffen, dessen Befugnisse und Bedeutung sowohl im Bereich der Rechtsetzung als auch des Haushalts seit seiner ersten Amtszeit stetig zugenommen haben.

Die Teilnahme namhafter Mitglieder unseres Vereins, wie Präsident Enrique Barón Crespo und Alain Lamassoure, trug wesentlich zum Gelingen der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag

und zu den lebhaften Diskussionen bei. Eines der zahlreichen Projekte, die vorgestellt wurden, ist der Sammlung der Erinnerungen von MdEP an die Jahre 1979 bis 2019 gewidmet („Collecting Memories“). Es ist ein großer Verdienst des Historischen Archivs der Europäischen Union, das dieses Projekt mit Unterstützung des Vereins der ehemaligen Mitglieder auf den Weg gebracht hat, einen einzigartigen Ort geschaffen zu haben, wo künftig Wissenschaftler die individuellen Erinnerungen von MdEP abrufen können, die am Leben und an der Entwicklung des Organs beteiligt waren und dazu beigetragen haben.

Das Projekt wurde von mehreren Wissenschaftlern durchgeführt, bei denen es sich allesamt um ehemalige Beamte des Parlaments handelt. Nach weniger als zwei Jahren Laufzeit zeigt sich bereits, dass das Projekt ein Erfolg ist: Es wurden bereits mehr als 100 Interviews in der Datenbank des Historischen Archivs der Europäischen Union abgespeichert, und weitere sollen folgen. Der Verein der ehemaligen Mitglieder war ein wichtiger Partner bei diesem Projekt, da er die ehemaligen Mitglieder ermunterte, sich von den Wissenschaftlern interviewen zu lassen.

Während der Präsentation des Projekts „Collecting Memories“ wurden auch Auszüge aus verschiedenen Interviews angeführt. Dabei wurde deutlich, was das Projekt Wissenschaftlern bietet, nämlich eine Mischung aus politisch und historisch bedeutsamen Informationen, die durch persönliche Überlegungen ergänzt werden.

Darüber hinaus haben die Wissenschaftler auch ein Buch mit dem Titel „Shaping Parliamentary Democracy“ veröffentlicht, das im Verlag Palgrave erschienen ist. Dabei handelt es sich nicht um ein wissenschaftliches Werk, sondern um eine strukturierte Sammlung von Aufsätzen zu zehn unterschiedlichen Themen. Am Ende jedes Kapitels findet der Leser den Beitrag der MdEP sowie Auszüge aus den mit ihnen geführten Interviews, was bei Wissenschaftlern großen Anklang findet. Das Buch kann über Amazon oder über die Website von Palgrave erworben werden. Ich hoffe, dass diese fruchtbare Zusammenarbeit auch künftig fortgesetzt werden kann, und unsere geschätzten Mitglieder weiterhin mit ebensolcher Leidenschaft, Begeisterung und Professionalität zu ihr beitragen.

Monica BALDI

EINIGKEIT IN VIELFALT:

BERICHT VOM 13. JAHRESKONGRESS DER UKRAINIAN
EUROPEAN STUDIES ASSOCIATION

Dr. Mykola Izha begrüßte die Teilnehmer des diesjährigen Kongresses der Ukrainian European Studies Association, der den Titel „New Strategies for the Cooperation between Ukraine and the European Union in the Times of Global Crisis“ trug, am 17.10.2019 im Namen des Odessa

Regional Institute of Public Administration der National Academy of Public Administration under the President of Ukraine. Im Anschluss stellte Sechy Orlov, Vertreter des Außenministeriums der Ukraine in Odessa (TBC) die aktuelle Situation in der Ukraine dar. Die Kriegssituation in der Ukraine ist eine für Europa immens gefährliche Situation. Es sei unfassbar, so Orlov, dass Europa kaum wahrnehme, dass die Auseinandersetzungen in der Ostukraine tatsächlich täglich Todesopfer fordern.

Das Spektrum des Kongresses war vielfältig und umfasste unter anderem die Aspekte demokratische Konstitution, Menschenrechte und deren Durchsetzung, Krieg und Internationales Recht und Umweltschutz. Die Referenten gingen darauf ein, dass sowohl die konstitutionellen und realen Unterschiede innerhalb der EU als auch die daraus entstehenden Anforderungen an die Ukraine komplex seien und im Rahmen einer Annäherung berücksichtigt werden müssen.

Weitere wichtige Themen umfassten die starken Bemühungen zur Dezentralisierung und Verbesserung der Gewaltenteilung, um notwendige Entwicklungen voranzutreiben, und die Sammlung der ukrainischen Interessen unter einem Dachverband in Brüssel.

Igor Todorov bemerkte, dass eine Ausdehnung und weitere Öffnung des Freihandels aus ukrainischer Sicht zielführend und nötig sei.

Warum braucht Europa die Ukraine und warum braucht die Ukraine Europa? Diese spannende Frage kann wohl nur angemessen beantwortet werden, wenn man die schwindende Rolle der Nationalstaaten mit den globalen Entwicklungen sowohl bezüglich der Umweltverschmutzung als auch der Vernetzung globaler Arbeitsabläufe zusammendenkt. Nur ein Europa in Einheit und Vielfalt wird auf der Weltbühne eine Stimme haben, die gehört wird.

Ein weiteres Themenfeld des 13. Jahreskongress der Ukrainian European Studies Association stellte der Zusammenhang zwischen Bildung und demokratischer Entwicklung dar.

Bezüglich der Frage der Demokratieentwicklung in der Ukraine wies der Vortragende Roman Petrov darauf hin, dass beispielsweise der Wechsel von Personen zwischen Bildungsadministration und Regierung als schwierig empfunden werde. Dies

betreffe alle administrativ Beschäftigten. Auch die Kommunikation demokratischer Strukturen und das Thema Korruption wurden eingehend diskutiert. Petrov kam zu dem Schluss, dass Probleme der Korruptionsbekämpfung und Gewaltenteilung aus ukrainischer Sicht bisher nicht ausreichend gelöst seien, auch wenn die laufende Dezentralisierung positive Einflüsse mit sich bringe.

Stefan Lorenzmeier berichtete, was freie und faire Wahlen aus deutscher Sicht definiere und problematisierte u.a. die propagandistische Macht verschiedener Interessensgruppen durch die Verfügungsgewalt z.B. über eigene Medien. Ich selbst nahm zu den Fragen der aktuellen Entwicklung in der Ukraine Stellung. Dabei standen sowohl die bisherige Entwicklung und die Anforderungen der EU an ein demokratisches, transparentes und korruptionsfreies Regieren im Mittelpunkt als auch eine Einschätzung der Situation der EU angesichts des Brexit und der Konstitution der neuen Kommission.

Valentyna Kryvtsova moderierte eine Diskussion zwischen Igor Todorov und Oksana Holocko-Havrysheva, in der „Legal Resilience in a Modern World“ kritisch besprochen wurde. Die Frage nach einer nachhaltigen, flexiblen und beständigen Rechtsetzung sei eine zentrale Frage der

Demokratie, insbesondere im Zusammenhang mit den Herausforderungen der aktuellen politischen Lage. Die institutionelle Widerstandsfähigkeit der demokratischen Rechtssetzung unter dem Einfluss interner und externer Stressfaktoren und Schocks hänge eng mit gesellschaftlicher Stabilität zusammen.

Es war eine spannende Tagung, die sich der Annäherung der Ukraine und der EU widmete. Dank gilt den Organisatoren der Veranstaltung und Moderatorinnen der Arbeitsgruppen.

Michael DETJEN

BESUCH DER "GEORG-AUGUST UNIVERSITY"

Es war mir eine große Freude, den Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments (VEM) an der Georg-August-Universität in Göttingen vertreten zu dürfen und vor den Studenten des „Erasmus-Mundus“-Masterprogramms mit dem Titel „Euroculture - Gesellschaft, Politik und Kultur im globalen Kontext“ zu sprechen. Auf der Konferenz wurden die folgenden Themen erörtert: „Die Rolle des Europäischen Parlaments und Herausforderungen für und von der Europäischen Union“, „Die EU als internationaler Akteur“, „Nationale Identität, Zugehörigkeit zu Europa, Bürgersinn und der Brexit“ sowie „Berufliche Laufbahnen in der EU“.

Die Universität Göttingen ist eine international renommierte Forschungsstätte, die 1737 gegründet wurde und ein breites Spektrum an Studienfächern in 13 Fakultäten im Angebot hat. Mit über 30 000 Studenten und nicht weniger als 212 Studiengängen ist sie eine der größten Hochschulen Deutschlands. Zu ihren Alumni gehören Altkanzler Gerhard Schröder und die neue Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen.

Das erwähnte „Erasmus-Mundus“-Masterprogramm wird zum Teil von der Europäischen Kommission finanziert und ist ein fächerübergreifendes internationales Projekt, an dem sich mehrere Universitäten beteiligen. Seit der Einrichtung des Programms im Jahr 1999 dient „Euroculture“ als ein Konzept, um sich in interdisziplinärer Form Gedanken über die vielen verschiedenen Ausdrucksformen und Manifestationen des Selbstverständnisses von Gesellschaften, sozialen Gruppen und Einzelpersonen in Europa, über unseren Kontinent und auch darüber hinaus zu machen.

Ich habe mich zwei Tage lang an den Vorträgen beteiligt, und es kam unter den Studenten, die aus unterschiedlichen Ländern kamen, zu einer anregenden Debatte über die genannten Themen. In der ersten Veranstaltung ging es um die Herausforderungen, mit denen die Europäische Union konfrontiert ist. Ich sprach über die bekannten Herausforderungen wie die Migration, das alternde Europa, den Klimawandel und insbesondere auch darüber, wie die EU-Organe die Bürger am besten erreichen können. Als ehemaliges Mitglied des Ausschusses der Regionen habe ich betont, wie treffend die oft zitierte Feststellung ist, dass alle Politik lokal ist. Die Europäische Union muss ihre Botschaft den einfachen Bürgern in einer klaren und eindeutigen Weise vermitteln können.

Wir erörterten auch die Herausforderung, die der Brexit darstellt, und die Auswirkungen, die der Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union haben wird. Als ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments für Irland habe ich bei der Gelegenheit erneut mein großes Bedauern darüber zum Ausdruck gebracht, dass die Menschen im Vereinigten Königreich 2016 in einem Referendum für den Austritt aus der EU gestimmt haben. Ein weiteres Mal habe ich darauf hingewiesen, dass die Mitgliedstaaten angesichts all dieser Herausforderungen gemeinsam stärker sind als jedes Land für sich allein.

Am zweiten Tag lag der Schwerpunkt auf meine persönlichen Erfahrungen als Mitglied des Europäischen Parlaments. Es hat mich gefreut, dass sich die Studenten zuvor über meinen politischen Werdegang informiert hatten und dass ein Student aus Wales auf mein Engagement hinwies, die irische Sprache zu einer Arbeitssprache der EU zu machen. Ich sprach von meiner Überzeugung, dass Europa durch seine Vielfalt geeint ist, und darüber, dass meine irische Muttersprache während meiner Zeit als Mitglied des Europäischen Parlaments von großer Bedeutung und Anlass zum Stolz für mich war.

An diesem Veranstaltungstag hielt außerdem Andreas Kumar, der Studentenbotschafter für EU-Laufbahnen an der Universität, einen Vortrag über Karrieremöglichkeiten in den Institutionen der EU. Die Studenten zeigten großes Interesse an seiner umfassenden und sehr informativen Präsentation.

Ich möchte allen beteiligten Studenten und den Mitarbeitern der Universität, die die Konferenz organisiert haben, herzlich danken, insbesondere Marc Arwed Rutke, dem Koordinator des „Euroculture“-Programms. Mein Dank geht auch an den Dozenten Dr. Lars Klein und den Institutsleiter Professor Simon Fink.

Sean O NEACHTAIN

DIE SICHTWEISE EINES JUNGEN MENSCHEN

Für mich als junge Britin war es etwas Besonderes, an den Veranstaltungen der ehemaligen Mitglieder teilnehmen zu können. Ich hoffte nach wie vor, dass der Brexit gestoppt werden könnte, aber zwei Tage vor unserer Parlamentswahl ließen mich die Meinungsumfragen zweifeln.

Wie viele andere junge Menschen ist es für mich wichtig, Unionsbürgerin zu sein, alle damit einhergehenden Freiheiten in Anspruch zu nehmen und mich als echte Europäerin zu fühlen. Im Gegensatz zu den meisten Vätern meiner Altersgenossen war mein Vater jedoch in meiner frühen Kindheit Mitglied des Europäischen Parlaments, und ich war erst zwei Jahre alt, als ich das erste Mal im Plenarsaal des Europäischen Parlaments saß! Bevor ich meinen Schulabschluss machte, habe ich sogar eine Woche lang Arbeitserfahrung im Europäischen Parlament in Brüssel gesammelt. Die EU-Organe waren bislang Teil meines Lebens, weshalb ich mich sehr über die irrationalen Befürchtungen wundere, die die Ergebnisse ihrer Tätigkeit betreffen.

Die Veranstaltungen des Vereins der ehemaligen Mitglieder haben mir vor Augen geführt, dass der Brexit nur eine von vielen Herausforderungen ist, denen sich die EU gegenwärtig stellen muss. Viele sind komplex und führen zu Uneinigkeit zwischen den Mitgliedsländern, aber sie werden gelöst werden – in Zukunft jedoch, ohne dass das Vereinigte Königreich darauf Einfluss hätte. Ich wurde also von gemischten Gefühlen beherrscht – einerseits war ich beruhigt, dass die EU die europäischen Staaten auch weiterhin zusammenbringen wird, damit sie friedlich gemeinsam das weitere Vorgehen debattieren und beschließen; andererseits überwog jedoch das Verlustgefühl angesichts des bevorstehenden Ausschlusses des Vereinigten Königreichs.

Viele junge Briten arbeiten in anderen Mitgliedstaaten. Als professionelle Oboistin möchte ich die Möglichkeit haben, überall in Europa Arbeit zu suchen. Derzeit spiele ich unter anderem in einem ungarischen Orchester. Ich hätte gerne die assoziierte Unionsbürgerschaft; daher hoffe ich, dass diese Möglichkeit geschaffen wird. Mein Appell ist jetzt: „Bestraft nicht junge Menschen wie mich!“

Mit dieser Meinung bin ich nicht allein. Stolz habe ich auf einer Demonstration in London, auf der ich mich mit etwa einer Million anderer Demonstranten für eine Volksabstimmung einsetzte, die Baskenmütze mit den EU-Sternen getragen. Ich werde weiter dafür kämpfen, dass der Grad der Trennung so gering wie möglich gehalten wird, und hoffe, dass es nicht allzu viele Jahre dauern wird, bis das Vereinigte Königreich nicht nur wieder in den Verein der ehemaligen Mitglieder, sondern auch in die EU zurückkehrt.

Mifanwy PRICE

EUROPA: SEIN ODER NICHTS? VON JEAN-PAUL BENOIT UND MICHEL DESMOULIN, VERÖFFENTLICHT VON PML ÉDITEUR, 18 €.

Unser Kollege Jean Paul Benoit war in dem Zeitraum mit seiner historischen Tragweite vom Fall der Berliner Mauer bis zur Einführung des Euro Mitglied im Europäischen Parlament. Sein Buch „L'Europe : l'être ou le néant?“ (Europa: das Sein oder das Nichts?), dessen Titel an Sartres existenzialistisches Hauptwerk erinnert, enthält Reflexionen, zu denen er durch Ereignisse in dieser Zeit inspiriert wurde.

Das Buch kreist genau um die in dem Titel gestellte Frage. Konkreter hätte seine Frage lauten können, ob sich Europa in Richtung einer engeren Union oder in Richtung seiner Auflösung bewegt? Der Autor verzichtet auf eine Antwort, aber er analysiert klar und systematisch alle Faktoren, die den Ausschlag zu der einen oder zu der anderen Seite geben könnten. Er beleuchtet die in der Vergangenheit erzielten Fortschritte, aber auch die verpassten Chancen und die eingeschlagenen Irrwege. Er ist besonders unerbittlich, wenn er „ein rechtlich-

ökonomisches Konstrukt anprangert, dessen destruktives Prinzip der technokratische und finanzpolitische Liberalismus ist“. Marine Le Pen oder Nigel Farage hätten das nicht schärfer formulieren können. Aber er kann es sich sein strenges Urteil erlauben, weil er ein glühender Europäer ist. Europa, so schreibt er, „ist eine Chance und eine Notwendigkeit“. Mit seinem Buch will der Autor zeigen, dass sich daran trotz aller Schwierigkeiten und wiederholten Desillusionierung der letzten Zeit nichts geändert hat.

Er tut dies in Form eines Dialogs mit einem Freund, der als überzeugter Europäer ebenfalls um die Zukunft des europäischen Aufbauwerks besorgt ist, das seit jeher eine Herzensangelegenheit für ihn ist, und der auch über die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme unseres Kontinents bestens Bescheid weiß. Diesem Gedankenaustausch zweier Köpfe hätte es vielleicht gut getan, wenn er nicht so einvernehmlich wäre, denn gerade die Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Gesprächspartnern sind das Interessanteste in dem Buch. Gleichwohl ergänzen sich beide sinnvoll bei ihrer Behandlung der vielfältigen Themen; dazu gehören die Euro-Zone, die Agrarpolitik, die Einwanderung, der Wettbewerb, die Digitalisierung und die Zusammenarbeit mit Afrika. Beide zeichnen sie ein sehr umfassendes Bild der Probleme, mit denen die Europäische Union derzeit konfrontiert ist.

Ihre Vorschläge für die Zukunft unterscheiden sich etwas voneinander. Der Gesprächspartner von Jean-Paul Benoit setzt seine ganze Hoffnung auf einen Präsidenten von Europa, der in allgemeiner Wahl von den EU-Bürgern gekürt werden soll. Ohne dies kategorisch abzulehnen, besteht hingegen nach Meinung unseres Kollegen die dringendste Aufgabe darin, zu definieren, „was wir mit Europa anstellen wollen“. „Europa muss sich festlegen, was es sein will, welchen Platz es in der Welt einnehmen will und welche Art von Politik es betreiben will“. Der Autor setzt sich für eine „Vereinigung der Hoheitsrechte“ ein, was, wie er erklärt, ein fruchtbareres Konzept sei als die „geteilten Hoheitsrechte“, wie sie Jacques Delors im Sinn hatte, da es die nationalen Hoheitsrechte nicht einschränkt, sondern sie vielmehr auf ein Niveau hebt, das sie allein nicht erreichen könnten.

Natürlich ergreift Benoit bei der Entwicklung seines Gedankengangs Partei und auch Gleichgesinnte werden ihm nicht bei allem folgen. Ich denke da insbesondere an sein Plädoyer für eine „europäische Macht“, für die sich bestimmte Kreise in Frankreich, insbesondere um Präsident Macron, stark machen. Das Buch strebt nicht nach einem Konsens, sondern es will eine Lanze für Europa brechen.

Michel PINTON

KARL VON WOGAU, „BREXIT: THE INTERNAL MARKET IN REVERSE GEAR“, 2019 (107 SEITEN)

WIE DER EUROPÄISCHE BINNENMARKT ENTSTANDEN IST

Karl von Wogau, der von 1979 bis 2008 Mitglied des Europäischen Parlaments war und in den 1990-er Jahren den Vorsitz im Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments innehatte, schildert in seinen faszinierenden und bewegenden Memoiren die intensiven Bemühungen um den Aufbau des europäischen Binnenmarkts in den 1980-er Jahren und erinnert dabei an die wesentliche und oftmals unterschätzte Rolle, die er und andere Parlamentarier in dieser am Ende gewonnenen entscheidenden Schlacht spielten.

Auch wenn das Büchlein den Titel „Brexit: The Internal Market in reverse gear“ (Brexit: Der Binnenmarkt im Rückwärtsgang) trägt, geht es darin weniger um den Brexit, der lediglich als Aufhänger für weitergehende Überlegungen dient, sondern vielmehr um die Logik und die Vorteile eines Binnenmarktes „im Vorwärtsgang“. Durch den Brexit könnten Großbritannien in Zukunft die erheblichen Vorteile des Zugangs zum weltweit größten Verbrauchermarkt verwehrt werden, bei dessen Erschaffung die Politiker dieses Landes, insbesondere aus dem konservativen Lager, paradoxerweise eine wichtige Rolle gespielt haben. Daher wurde für die Titelseite des Buches wohl ein prägnantes Bild von Margaret Thatcher gewählt, wie sie im Dezember 1981 in Straßburg mit der Känguru-Gruppe zusammentraf. Auf dem Foto ist die britische Premierministerin zu sehen, wie sie mit Karl von Wogau, Dieter Rogalla, Basil de Ferranti, Christiane Scrivener, Fernand Herman und weiteren MdEP eine intensive Diskussion führt, daneben deutsch-französische Grenzschilder, wie sie diese Gruppe von Abgeordneten verschrotten wollte. In der Folge sollte Thatcher den Binnenmarkt als zentrales Ziel der Gemeinschaft vorantreiben.

„Jede Revolution war zuerst ein Gedanke im Hirn eines Menschen“, bemerkte Ralph Waldo Emerson. Im Falle der „Vollendung des Binnenmarkts“ in den 1980-er Jahren war die Revolution zunächst ein Gedanke in den Köpfen einiger im Jahr 1979 neu gewählter Abgeordneter. Karl von Wogau schildert seine Begegnung mit „Boz“ de Ferranti, einem prominenten Vertreter der britischen Wirtschaft, der vor seiner Wahl ins Europäische Parlament Präsident des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) war, an ihrem ersten Abend in Straßburg im Juni 1979. Als sie feststellten, dass die meisten Restaurants in der Innenstadt bereits geschlossen hatten, setzten sie sich „auf eine Steinbank an der Place Kléber und mussten mit wenig europäisch anmutenden Hotdogs und Coca Cola vorliebnehmen“. Dabei tauschten sie Geschichten über die unglaublichen „kafkaesken“ Hindernisse aus, die dem grenzüberschreitenden Handel in Europa, so auch zwischen Kehl und Straßburg, im Wege standen.

Karl von Wogau, der damals auf der anderen Seite des Rheins gegenüber von Straßburg lebte, gründete zusammen mit Basil de Ferranti, Dieter Rogalla und weiteren Abgeordnetenkollegen die Känguru-Gruppe, deren Bestreben es war, sich für einen europäischen Wirtschaftsraum ohne

Hindernisse einzusetzen. Das Parlament gab daraufhin den Bericht Albert/Ball in Auftrag, aus dem hervorging, dass die Kosten des Verzichts auf EU-politisches Handeln etwa fünf Prozent des gesamten BIP der Gemeinschaft betragen. Dies ermutigte Jacques Delors, den Binnenmarkt zu einem zentralen Ziel seiner 1985 gerade ins Amt eingeführten Kommission zu machen. Das Projekt erwies sich als weitaus erfolgreicher, als man zu hoffen gewagt hatte, und zwar nicht nur im Sinne der Steigerung des BIP, wie sie für die nächsten 30 Jahre prognostiziert worden war, sondern auch im Sinne freigesetzter neuer Impulse für eine tiefergehende europäische Integration, in deren Rahmen dann im darauffolgenden Jahrzehnt eine einheitliche Währung vereinbart wurde. Auf die in diesem Buch beschriebene Errungenschaft kann eine ganze Generation von Europaabgeordneten zu Recht stolz sein. Als junger Mitarbeiter durfte ich damals in bescheidenem Maße an diesem historischen Prozess beteiligt sein. Wir freuen uns schon auf den nächsten Band der Memoiren, in dem sich Karl von Wogau den 1990-er Jahren zuwenden wird.

Anthony TEASDALE